

# Ein „Impliziter Pakt“ zwischen Sozialwissenschaft und Politik?

## Einige Daten und Anmerkungen

Karin D. Knorr

Ich möchte damit beginnen, die von Michel POLLAK erfreulicherweise weitergeführte Diskussion um die Anwendungsrelevanz der Sozialwissenschaften durch ein paar Anmerkungen zu ergänzen. Zunächst scheint es mir nicht unerheblich, darauf hinzuweisen, daß das in meinem früheren Beitrag (Heft 1/18) angerissene „Umkontextierungsmodell“ — das es übrigens in systematisch ausgeführter Weise noch gar nicht gibt 1) — aus Beobachtungen und Reflexionen über die Natur- und technologischen Wissenschaften 2) stammt. Zieht man mehr als einen Gesichtspunkt dieses Modells zur Diagnose heran, so merkt man meines Erachtens in den meisten Bereichen der Soziologie nicht viel von einer Entwicklung in Richtung dieses Modells. Einer der Gründe für die Wahl des Begriffes Umkontextierung liegt etwa darin, daß damit die Veränderung eines *gesamten Forschungskontextes* — einschließlich der Feinstruktur des wissenschaftlichen Untersuchungsprozesses und der Struktur der sozio-ökonomischen Praxis — angesprochen wird, wie das bei der Rede von der „angewandten“ Wissenschaft wohl kaum der Fall ist. Ich meine damit einerseits, daß etwa bei den von mir beobachteten technologischen Wissenschaften Relevanzen und Kriterien aus der späteren „Anwendung“ *in jedem Augenblick* methodischer Detailscheidungen die Konstitution des naturwissenschaftlich-technischen Faktums mitbestimmen; und zweitens, daß diese naturwissenschaftlich-technischen Fakten vor allem dort gut funktionieren, wo sie im Kontext technologisierter Industrieproduktion und eines relevanten Bereiches wissenschaftlich-technisch dominierten gesellschaftlichen Diskurses auftreten — ein Kontext, in den sie gleichzeitig verwoben und verflochten sind. Beides trifft auf die Soziologie nicht zu. Ich behaupte, daß auch „praxisrelevante“ Soziologie — aus was für Gründen immer — in der Regel nicht nur mit der Wahl einer praxisrelevanten Problemstellung beginnt, sondern auch endet, was unter anderem heißt, daß der angehängte eigentliche Forschungsprozeß keineswegs von praktischen Kriterien durchdrungen ist. Es fällt einem sogar schwer, sich vorzustellen, wie er das in konventionellen Studien wohl sein könnte. Ein Gegenbeispiel ist vermutlich der Versuch, die Betroffenen durchgängig in eine Untersu-

chung einzubeziehen, wobei aber weniger die Betroffenen zu folk-sociologists, sondern die Sozialwissenschaftler zu strategisch Handelnden im jeweiligen Praxisfeld gemacht werden müßten. Wichtig ist in dem Zusammenhang, daß die Soziologie den gesellschaftlichen Diskurs über die ihr eigenen Untersuchungsphänomene keineswegs wie die Naturwissenschaften und die Technik in der Hand hat, geschweige denn hat sie die (im ersten Fall industrielle) gesellschaftliche Praxis in der Hand. Hier scheint z. B. die Psychologie und vor allem die Psychoanalyse in viel besserer Position: Interpretationen der eigenen psychischen Probleme finden viel weitergehend (trotz offensichtlicher Unterschiede zwischen Ländern und Bereichen) zu den Konditionen und in den „popularisierten“ Termini der Psychoanalyse statt, als man das etwa bei soziologischer Fragestellung im Untersuchungsfeld der Soziologie behaupten könnte.

Diese Beispiele mögen genügen um meine Meinung zu begründen, daß die „Anwendung“ der Soziologie in der Praxis dem Rahmen des Transformationsmodelles 3) folgt. Nicht umsonst reflektieren Sozialwissenschaftler mit viel Praxisumgang das Anwendungsproblem oft in den Kategorien eines solchen Modells 4). Wie aber steht es dabei mit dem von POLLAK sehr zu Recht eingeführten „impliziten Pakt“ zwischen Politik und Wissenschaft, nach dem diese Situation im beidseitigen Interesse liegen könnte, sowohl dem der Sozialwissenschaft als auch dem der Politik? Ich möchte dazu einige Daten aus Österreich in den Raum stellen, die die Angaben von Sozialwissenschaft-

1) Aus LUHMANN'S Anregung zu einem solchen Modell (1977: 32) wurde vor allem der Name aufgegriffen. Luhmann meint z. B., daß die technologischen Wissenschaften durch Kontextfreiheit im Sinne einer beliebigen Übertragbarkeit gekennzeichnet seien. Ich meine gerade das Umgekehrte: die scheinbar beliebige Übertragbarkeit von Technologien funktioniert nicht umsonst nur in Industrieländern, wie im folgenden etwas mehr ausgeführt. Sie setzt also einen tragfähigen „technologisierten“ Kontext voraus, der weit über das Wissenschaftssystem hinausgeht.

2) Auch das noch die extern-interne Unterscheidung voraussetzende und von mir zitierte Modell von Peter WEINGART et al. (siehe KUPPERS et al. 1978), das über das vorherrschende Transformationsmodell weit hinausgeht, wurde im Rahmen von Studien der Natur- und technischen Wissenschaften erstellt.

3) Siehe meinen Beitrag in Heft 1/78, S. 57.

4) Ich verweise hier auf die Arbeiten LAZARFELDS (etwa 1975), oder etwa auch des CRUSK am Institute for Social Research, University of Michigan.

lern und Auftraggebern mit Kontraktforschungserfahrung zum wechselseitigen Nutzen sozialwissenschaftlicher Projekte aufzuschließen. Als Auftraggeber wurden 70 Entscheidungsträger mittlerer Ebene in Wien mittels persönlicher, teils strukturierter und teils unstrukturierter Interviews befragt, die in den letzten Jahren zumindest ein größeres, abgeschlossenes, sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt finanziert und betreut hatten. Die Antworten der Sozialwissenschaftler stammen aus einer Totalerhebung (N = 628), aus der diejenigen Forscher ausgewählt wurden, die im selben Zeitraum analog mindestens ein derselben Definition entsprechendes sozialwissenschaftliches Auftragsprojekt durchgeführt und abgeschlossen hatten. Alle hier beschriebenen Fragen an die Wissenschaftler und Auftraggeber waren jeweils auf dieses Projekt bezogen. Ausführliche weitere Angaben zu den Daten liegen anderwärts vor und seien hier nicht wiederholt 5). Noch eine Klarstellung: Die Daten sind als Durchschnittsmeinungen der befragten Seiten zu lesen, wobei sich die wechselseitigen Antworten nicht notwendig auf dasselbe Projekt beziehen.

Es sei daran erinnert, daß gemäß den von mir als Transformationsmodell bezeichneten Input-Output Konzeption des Anwendungsproblems wissenschafts„externe“ Ziele in „interne“ Problemdefinitionen transformiert werden. Das nachfolgend erzeugte „relevante“ Wissen wird nach Abschluß der Forschung in praktische Handlungen rückübersetzt. Das Anwendungsproblem wird dabei traditionell im Sinne *dysfunktionaler Anpassungsschwierigkeiten* interpretiert, die im Rahmen der Produzenten-Klienten-Interaktion zwischen Sozialwissenschaft und Politik entstehen. Eine solche Interpretation hängt allerdings in der Luft, wenn sich herausstellt, daß es sowohl den Wissenschaftlern als auch den Projektvergabeinstanzen gelingt, die Forschung gemäß ihren eigenen Interessen in einem auf anderer Seite unerwarteten Ausmaß zu verwerten. Genau das aber zeigt sich der Tendenz nach in den Antworten der oben zitierten Untersuchungspopulation.

Wenden wir uns zunächst den Ergebnissen der Frage zu, welcher Adressat seitens der Sozialwissenschaftler nach Meinung der Auftraggeber einerseits und der Wissenschaftler andererseits in den entsprechenden Kontraktforschungsprojekten 6) im Vordergrund stand. Wir gingen von der Voraussetzung aus, daß Auftraggeber in einem behördlich finanzierten Auftragsprojekt die Finanzierungsseite als hauptsächlichlichen Adressaten des Projektes wünschen. Durch entsprechende Befragung der Auftraggeber wurde festgestellt, inwieweit sie diese Erwartungen als erfüllt betrachten:

**Tabelle 1:** Hauptsächlichliche Zielgruppen von Auftragsprojekten nach den Angaben der Sozialwissenschaftler und Auftraggeber \*).

Hauptsächlichliche Zielgruppe des Projektes	Sozialwissenschaftler (N = 259) %-Anteil Befragte	Auftraggeber (N = 67) %-Anteil Befr.
1. Wissenschaftler	18,5%	5,0%
2. Auftraggeber	44,0%	76,9%
3. Allgemeine Öffentlichkeit	20,1%	0,0%
4. Die von der Untersuchung Betroffenen	17,4%	18,1%

\*) Der genaue Wortlaut der Frage an die Wissenschaftler war: „Für welche Zielgruppe waren die Ergebnisse von Ihrer Seite in erster Linie beabsichtigt?“ Der Befragte sollte jeweils eine der obigen Kategorien ankreuzen. Auf Auftraggeberseite waren die Antworten anhand einer 100prozentigen Skala gemessen worden. Die Skala wurde für den vorliegenden Zweck derart dichotomisiert, daß Angaben, die höher als 50 Prozent lagen, im Sinn einer positiven, Angaben, die darunter lagen, im Sinn einer negativen Antwort gewertet wurden.

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, konstatieren *weniger als die Hälfte* der Sozialwissenschaftler, aber *mehr als ¾* der Auftraggeber die Finanzierungsorganisation bzw. Finanzierungsseite als den Hauptadressaten der Studie. Umgekehrt geben 18,5 Prozent der Wissenschaftler an, daß sie Resultate primär für die Wissenschaftler des entsprechenden Spezialgebietes intendiert hatten, während nur 5 Prozent der Auftraggeber zur selben Meinung gelangten. Nicht uninteressant ist auch, daß keiner der Auftraggeber, wohl aber 1/5 der Sozialwissenschaftler die allgemeine Öffentlichkeit als hauptsächlichliche Zielgruppe angaben. Wie erwartet, sind Sozialwissenschaftler im universitären Bereich weniger geneigt, die Auftraggeber als primäre Zielgruppe zu akzeptieren, selbst wenn sie von diesen zur Lösung praktischer Probleme finanziert werden 7). Sehen wir uns aber nun eine Verfeinerung der obigen Angaben dahingehend an, *wessen Interessen* in den Projekten jeweils wahrgenommen wurden.

Die Sozialwissenschaftler und Auftraggeber wurden von uns mit der Frage konfrontiert, inwieweit ihrer Beurteilung nach 1. die wissenschaftlichen Interessen der Sozialwissenschaftler, 2. deren eventuelle gesellschaftspolitischen Interessen, und 3. die konkreten Interessen der Auftraggeber in dem Forschungsprojekt realisiert wurden. Wiederum setzten wir voraus, daß politisch-administrative Einrichtungen bzw. Auftraggeber, die ein Kontraktforschungsprojekt finanzieren, erwarten, daß ihre Erkenntnis- und Verwertungsinteressen das Projekt auch leiten — was nicht heißt, daß die For-

5) Siehe insbesondere die Datenbeschreibung im ersten Kapitel von KNORR, HALLER, ZEHETNER und ZILIAN (1978) sowie den entsprechenden Abschnitt in KNORR (1979), eine Arbeit, die auch als Forschungsmemorandum des Instituts für Höhere Studien vorliegt.

6) D. h. seitens der Auftraggeber in erster Linie in dem finanzierten und verantwortlich „begleitetem“, aber oft auch initiiertem Projekt, seitens der Sozialwissenschaftler in dem verantwortlich durchgeführten Projekt.

7) Die Aufgliederung wie auch eine Reihe weiterer Tabellen finden sich in den bereits genannten Arbeiten.

scher diese Definition auch akzeptieren müssen. Es ist nun interessant festzustellen, daß gemäß Tabelle 2 die Mehrzahl der Auftraggeber auch tatsächlich in erster Linie ihre eigenen Interessen (bzw. die der Finanzierungsorganisation) in dem Projekt wahrgenommen sehen (ungefähr 70 Prozent sagen, ihre Interessen seien zu mehr als 50 Prozent realisiert worden); und es ist nicht weniger interessant zu hören, daß im Durchschnitt nur 34 Prozent der Sozialwissenschaftler (das ist weniger als die Hälfte des Anteils der Auftraggeber!) angeben, sie hätten auch tatsächlich den Interessen der Finanzierungsseite solche Priorität eingeräumt:

**Tabelle 2: Einbringung verschiedener Interessen in Auftragsprojekte aus der Sicht der Sozialwissenschaftler und der Auftraggeber (\*\*)**

Seitens d. Sozialwissenschaftler wahrgenommene Interessen	Sozialwissenschaftler (N = 240) %-Anteil d. Nennung	Auftraggeber (N = 67) %-Anteil d. Nennung
<b>Wissenschaftliche Interessen der Sozialwissenschaftler</b>		
0%	14,2%	22,4%
1—49%	40,6%	58,3%
50—99%	31,0%	16,3%
100%	14,2%	3,0%
<b>Gesellschaftspolitische Interessen der Sozialwissenschaftler</b>		
0%	48,5%	48,5%
1—49%	39,7%	43,9%
50—99%	10,5%	7,6%
100%	1,3%	0,0%
<b>Konkrete Interessen der Auftraggeber</b>		
0%	31,8%	9,1%
1—49%	33,9%	21,0%
50—99%	29,3%	54,7%
100%	5,0%	15,2%

\*\* ) Die Frage an die Sozialwissenschaftler hatte folgenden Wortlaut: „In welchem Ausmaß konnten in diesem Projekt verschiedene wissenschaftliche oder sonstige Interessen eingebracht werden? Verteilen Sie jeweils 100 Prozent“, wobei die folgenden Alternativen angegeben waren: „Wahrnehmung eigener wissenschaftlicher Interessen“; „Wahrnehmung eigener gesellschaftspolitischer Interessen“; „Wahrnehmung der konkreten Interessen des Auftraggebers“ und „Wahrnehmung der nach Ihrer Interpretation veränderten Interessen des Auftraggebers“. Diese letzte Alternative konnte den Auftraggebern nicht gestellt werden. Die Prozentangaben wurden so in Kategorien zusammengefaßt, daß der Einblick in die Extremgruppen (0 Prozent und 100 Prozent) erhalten bleibt.

Noch auffallender ist vielleicht die Tatsache, daß ca. 1/3 (31,8 Prozent) der Sozialwissenschaftler zu-gegebenerweise *überhaupt keine* Auftraggeberinteressen in dem Projekt wahrgenommen haben — wobei im Durchschnitt nur 9 Prozent der Auftraggeber zu denselben Schluß gelangten. Gleichzeitig sind mehr als 80% der Auftraggeber der Meinung, daß die rein wissenschaftlichen Interessen das Projekt nicht dominiert hätten (i. e. sie wurden zu weniger als 50 Prozent realisiert) — während dasselbe nur rund 50 Prozent der Sozialwissenschaftler angeben. Im allgemeinen scheinen beide Gruppen die Realisierung ihrer eigenen

jeweiligen Interessen zu „überschätzen“. Nimmt man diese Aussagen beim Wort, so bedeutet dies, daß die Auftraggeber kaum bemerken, wie die Sozialwissenschaftler Projektgelder zur Wahrnehmung ihrer eigenen wissenschaftlichen Interessen benützen, die Sozialwissenschaftler wären also erfolgreich „subversiv“. Ebensovienig bemerken jedoch die Sozialwissenschaftler die Nutzung ihrer Arbeit durch die Auftraggeber für deren Interessen.

Beide Gruppen zeigen die größte Übereinstimmung in ihren Einschätzungen, wenn es darum geht, die Wahrung derjenigen Interessen zu beurteilen, die für beide keine direkte Relevanz besitzen, d. h. wenn sie die Wahrnehmung gesellschaftspolitischer Interessen einschätzen. Hier sehen fast die Hälfte der Sozialwissenschaftler sowie die Hälfte der Auftraggeber *überhaupt keine* gesellschaftspolitischen Interessen in dem Projekt wahrgenommen — was einiges über die Art der in politisch-administrativer Kontraktforschung behandelten sozialwissenschaftlichen Probleme aussagt, aber auch darüber, daß es nur dann zu Subversivität kommen wird, wenn die Interessen mindestens einer der Parteien auch tatsächlich auf dem Spiel stehen.

Wiederum gilt übrigens, daß der Prozentsatz der Sozialwissenschaftler, die ihren rein wissenschaftlichen Interessen den Vorrang geben, im Hochschulbereich höher ist als im außeruniversitären Sektor. Doch sollte man hervorheben, daß selbst im außeruniversitären Bereich mehr als 50 Prozent der Forscher die Interessen der Finanzierungsseite *nicht* in den Vordergrund stellen:

**Tabelle 3: Einbringung verschiedener Interessen in Auftragsprojekte aus der Sicht der Sozialwissenschaftler im Hochschulbereich und im außeruniversitären Sektor.**

Seitens d. Sozialwissenschaftler wahrgenommene Interessen	Sozialwissenschaftler im Hochschulbereich (N = 142) %-Ant. d. Nennungen	Sozialwissenschaftler im außeruniversitären Sektor (N = 98) %-Ant. d. Nennungen
<b>Wissenschaftliche Interessen der Sozialwissenschaftler unter 50%</b>		
	46,1%	67,4%
<b>Konkrete Interessen der Auftraggeber unter 50%</b>		
	71,6%	57,2%

Die Serie der diskrepanten Angaben ließe sich nun für eine Reihe weiterer Indikatoren fortsetzen 8). Ich will mich jedoch im vorliegenden Rahmen nur noch auf eine weitere Tabelle beschränken, die das Ausmaß verschiedener Verwertungsweisen

8) So finden sich etwa die **aufeinander bezogenen Meinungen zu den Schwierigkeiten sozialwissenschaftlicher Projekte, zur antizipierten und tatsächlichen Kritik, und einiges mehr, in den zitierten Arbeiten.**

der Projektergebnisse nach Angaben der Auftraggeber und Sozialwissenschaftler darlegt. Die Sozialwissenschaftler wissen nicht viel über die tatsächliche Verwertung ihrer Resultate, da der Kontakt in einer wechselseitig aufrecht erhaltenen Produzenten-Klienten-Definition der Situation mit der Ablieferung des Berichtes abbricht. Außerdem setzen die meisten Verwertungsweisen auf Auftraggeberseite gemäß den uns vorliegenden qualitativen Angaben eine weitere Verarbeitung der Resultate im politischen Feld voraus. Sozialwissenschaftliche Resultate werden vordringlich als eine Art von Daten- und Thesenpole dienen, aus dem im politisch-administrativen Prozeß ausgewählt wird, dessen Inhalte partiell eingearbeitet werden in behördeninterne Berichte und Vorlagen, oder der auch evtl. zu konzeptuellem Umdenken führt. Die Transformation im Prozeß politischer Entscheidungsfindung, zu der es dabei kommt, ist wenig sichtbar für die Wissenschaftler. Was herauskommt, ist nicht länger ein rein (und erkennbar) wissenschaftliches Resultat. Jedenfalls zeigen die in Tabelle 4 dargestellten Daten, daß Sozialwissenschaftler vor allem die Verwertung ihrer Resultate zur „sachlichen Untermauerung von Maßnahmen und Programmen“ unterschätzen, der in der politischen Entscheidungsproduktion vor allem entscheidungsvorbereitende Bedeutung zukommt 9).

**Tabelle 4:** Ausmaß der Verwertung sozialwissenschaftlicher Ergebnisse durch die Auftraggeber \* \* \*).

Verwertung als	Laut Angaben der Auftraggeber (N = 58) % -Anteil der Befragten	Laut Wahrnehmung der Sozialwissenschaftler (N = 202) % -Anteil d. Befragten
Umsetzung in wesentliche praktische Handlungen	62%	40%
Sachliche Untermauerung für intendierte Maßnahmen und Programme	86%	40%
Beauftragung weiterer Forschungen	62%	29%
Einladung zur beratenden Mitarbeit	54%	20%

\* \* \*) Der genaue Wortlaut der Frage auf Auftraggeberseite lautete: „Wie wurden von Ihrer Seite die Ergebnisse des Projektes in folgender Hinsicht verwertet?“ Die Sozialwissenschaftler wurden gefragt: „Wie haben die Auftraggeber Ihres Wissens die Ergebnisse des Projektes verwertet?“

Die Tabelle soll uns im vorliegenden Fall aber nicht so sehr dazu dienen, eine Debatte über verschiedene Verwertungsweisen sozialwissenschaftlicher Resultate auszulösen, sondern man betrachte sie als eine Art von logischem Äquivalent zu den Tabellen 1 und 2. Dort erschien es interessant, zu erfahren, in welchem Ausmaß Sozialwissenschaftler „unbemerkt“ auftraggeberfinanzierte Projekte im Sinne ihrer eigenen Interessen transformieren. Hier geht es darum, zu zeigen, in welchem Ausmaß gemäß den Angaben der Auf-

traggeber eine Verwertung der Projektergebnisse erfolgt, wobei diese aber auch „unbemerkt“ bleibt, und zwar diesmal seitens der Sozialwissenschaftler. Man kann nun auf die Funktionsweise und Abhängigkeiten des jeweiligen wissenschaftlichen bzw. politischen Feldes zurückgreifen, um die Resistenz und Subversivität der Sozialwissenschaftler, oder andererseits das Ausmaß und die Art der bürokratieinternen Weiterverwertung sozialwissenschaftlicher Resultate zu erklären. Wichtiger erscheint uns aber im Rahmen der vorliegenden Fragestellung die Tatsache der Diskrepanz, der wechselseitigen Fehleinschätzungen.

Was illustriert diese Diskrepanz (denn beweisen kann sie gar nichts: das Auftraggebersample war zu klein und beschränkt auf Wien; man kann grundsätzliche Bedenken gegen diese Art eines Quantifizierungsversuches hegen; usw.)? Wie mir scheint dreierlei: Erstens, daß von einer *kontextuellen Integration* der beiden Bereiche Wissenschaft und Politik in den untersuchten Sozialwissenschaften wohl (noch?) nicht die Rede sein kann. Zweitens, daß die Etablierung manchmal langandauernder Produzenten-Klienten Interaktionen zwischen Sozialwissenschaft und Politik im Rahmen von Kontraktforschung grundsätzliche Unvereinbarkeiten evtl. *akzentuiert*, anstatt sie zu eliminieren. Und drittens, daß beide Seiten im Sinne eines *impliziten Paktes* von dieser Situation zu profitieren scheinen.

Offensichtlich können durch den evtl. von Auftraggeberseite mobilisierten Druck die Erfordernisse eines wissenschaftlichen Feldes nicht in eine Struktur transformiert werden, die den Interessen des politisch-administrativen Bereiches kongenial ist. Statt dessen wird solcher Druck die Wissenschaftler zu dem Versuch anleiten, diese Erfordernisse zu erfüllen, und dabei gleichzeitig ein äußeres Vertrauen auf Auftraggeberseite aufrechtzuerhalten. Die Auftraggeber demonstrieren dieses Vertrauen, verfügen aber gleichzeitig (wie aus anderen hier nicht berichteten Daten hervorgeht) über schwerwiegende Kritik an den Resultaten, die nicht an die Forscher weitergeleitet wird, und sie verwerten diese Resultate, indem sie sie in den Prozeß politisch-administrativer Entscheidungen integrieren, ohne die Loyalitäten und Entscheidungskriterien des entsprechenden Feldes zu verändern. Es scheint, als würde es beiden Parteien **recht gut gelingen**, voneinander zu profitieren,

9) Die Kategorie der „sachlichen Untermauerung“ ist gemäß den Befragten gegebenen Anweisungen sowie auch auf Grund unabhängig vorgenommener quantitativer und qualitativer Kontrollen nicht mit einer legitimatorischen Verwertung der Resultate zu verwechseln. Siehe dazu die Ausführungen in KNOOR (1976) bzw. in dem Forschungsmemorandum des Instituts für Höhere Studien Nr. 105.

doch der Schlüssel liegt nicht in wechselseitiger Adaption. Denn die Wissenschaftler passen sich nicht an, indem sie sich etwa von nun an primär mit der Lösung der von Auftraggeberseite präsentierten Probleme beschäftigen, noch gestatten sie den Auftraggeberinteressen, ihre Forschungen zu dominieren. Und die Auftraggeber adoptieren die ihnen gebotenen Resultate nicht, indem sie sie als seriöse Entscheidungsbasis akzeptieren, sondern sie unterziehen diese Resultate dem oben skizzierten Selektions- und Transformationsprozeß<sup>10</sup>). Aus all dem ergibt sich wohl die Frage, ob man nicht einmal den Gesichtspunkt der Betrachtung wechseln sollte. Vielleicht ist es sinnlos, weiterhin die Kluft zwischen Wissenschaft und Politik zu bemühen und über Strategien besserer wechselseitiger Adaption zu brüten. Vielleicht sollte man einmal davon ausgehen, daß beide Parteien ständig diese Kluft überbrücken, indem sie die Dienste der anderen Seite beanspruchen, während sie gleichzeitig das Funktionieren des entsprechenden wissenschaftlichen und politischen Feldes sicherstellen. Vielleicht sollte man einmal davon ausgehen, daß ein impliziter Pakt existiert, und untersuchen, wie dieser Pakt im Falle der Soziologie heute funktioniert.

## Literatur

- KNORR, K. D.: Politisches System und Sozialwissenschaften: Zur Plausibilität der Legitimationstheorie, in: H. STRASSER und K. D. KNORR (Hrsg.), Wissenschaftssteuerung. Soziale Prozesse der Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt, 1976.
- KNORR, K. D.: The Gap between Knowledge and Policy: Discrepant Attitudes and Subversive Action, in: SOCIETY/Transaction, March 1979 (forthcoming).
- KUPPERS G. und WEINGART, P.: Politisch gesteuerte Wissenschaft. Probleme der Programmformulierung und Durchführung. Vortrag gehalten am VII. Erlanger Werkstattgespräch. Institut für Gesellschaft und Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg, November 1977.
- KNORR K., M. HALLER, W. ZEHETNER und H. G. ZILIAN: Erkenntnis- und Verwertungsbedingungen sozialwissenschaftlicher Forschung in Österreich. Wien 1978.
- LAZARFELD P. und J. G. REITZ: Introduction to Applied Sociology, New York 1975.
- LUHMANN, N.: Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften: Zur Einführung, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt/New York, 1977.

---

<sup>10</sup>) Man könnte die Hypothese aufstellen, daß die Kritik sozialwissenschaftlicher Resultate die der Forscherseite anscheinend kaum vermittelt wird, dabei als eine Art Schutz für den Fall einer Herausforderung dieser Vorgangsweise fungiert.